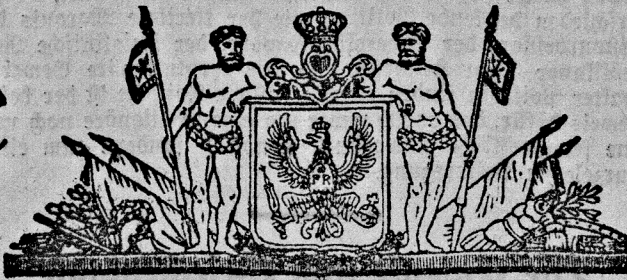


# Wossifische



# Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Margen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Eilbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800 bis 11853. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Kabinetts- und Koalitions-Krise.

## Der Pariser Regionalistentag.

### Hoffnung auf Verständigung.

Während im Plenum des Reichstags heute eine kleinere Gesetzesvorlage nach der anderen in rascher Folge erledigt wird, um in den beiden letzten Tagen vor den Ferien die Rückstände aufzuarbeiten, hat eine Abstimmung im Steuerauschuß eine ernste politische Situation geschaffen.

Von den drei Koalitionsparteien hat im Steuerauschuß bei der Beratung des § 1 des Gesetzes über die beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers die Deutsche Volkspartei gegen die von der Regierung eingebrachte Formulierung des § 1 bestimmt, während die Demokraten sich der Abstimmung enthalten haben. Diese überraschende Haltung zweier Regierungsparteien veranlaßte den Reichsfinanzminister Wirth zu der Erklärung, daß er dem Reichskanzler über das Abstimmungsergebnis sofort Bericht erstatten werde und daß die durch die Niederlage der Regierung bei der Abstimmung geschaffene Situation eine für das Kabinett unmögliche sei. Das Zentrum nahm die Abstimmung der Deutschen Volkspartei und die Stimmenthaltung der Demokraten zur Veranlassung, nun zu erklären, daß es sich die Stellung im Plenum vorbehalte.

Augenblicklich findet im Reichstag eine Sitzung des Kabinetts statt, an der der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Reichsfinanzminister und noch einige andere telephonisch rasch herbeigerufene Kabinettsmitglieder teilnehmen.

Wie der Reichsfinanzminister eine munteren Mitarbeiter erklärte, herrscht im Kabinett die Auffassung vor, daß, sobald die Deutsche Volkspartei und die Demokraten ihre Abstimmung nicht einer Revision unterziehen, ein Rücktritt des gesamten Kabinetts nicht zu vermeiden sei. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß die Regierung bei wichtigen und entscheidenden Abstimmungen bald von der einen, bald von der anderen Regierungspartei im Stich gelassen werde, um so unerträglich, als die Regierung, die ohnehin über keine geschlossene Mehrheit im Reichstag verfüge, auf die wohlwollende Unterstützung der Sozialdemokraten angewiesen sei. Umso mehr hätten die Koalitionsparteien die Verpflichtung, die Regierung in geschlossener Front zu unterstützen.

In parlamentarischen Kreisen erwartet man mit Bestimmtheit eine friedliche Beilegung des Konflikts. Keine der Parteien des Reichstages, am allerwenigsten aber die Koalitionsparteien, wünschen gerade jetzt einen Regierungswechsel oder auch nur einen Wechsel in einzelnen wichtigen Ministerien. Man rechnet damit, daß es noch im Laufe des heutigen Tages gelingen wird, im Wege eines Kompromisses die Spannung zu beseitigen. Der § 1, wie er heute im Steuerauschuß mit den Stimmen der

Oppositionsparteien und der Deutschen Volkspartei bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen worden ist, lautet:

„Das Reichsnotopfer ist, soweit es 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens nicht übersteigt, mindestens aber zu einem Drittel der Abgabe, beschleunigt zu entrichten. Die Abgabe ist bis zur Höhe eines Drittels zu zahlen in zwei gleichen Teilbeträgen am 1. März und 1. November 1921. Der überschüssige Teil (bis zu 10 v. H. des abgabepflichtigen Vermögens) ist zu zahlen bis zum 1. Mai 1922.“

Ist ein Steuerbescheid am 1. Februar 1921 noch nicht zugestellt, so ist die erste Teilzahlung am Schlusse des auf die Zustellung folgenden Monats fällig, die zweite sechs Monate später, jedoch nicht vor dem 1. November 1921, und die dritte weitere sechs Monate nach der Fälligkeit der zweiten Rate.

Diese Vorschriften finden keine Anwendung, sowie der Abgabepflichtige glaubhaft macht, daß die beschleunigte Entziehung der Abgabe die Entziehung des für die Fortführung des Betriebes erforderlichen Kapitals oder des Kredits oder die Beeinträchtigung des angemessenen Unterhalts für ihn oder seine Familie zur Folge haben würde. In diesen Fällen kann auch die Zahlung in den in dem Gesetz über das Reichsnotopfer vorgeschriebenen Teilbeträgen bewilligt werden. Soweit Einspruch erhoben wird, ist auf Antrag die Einziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einspruchbescheides auszusetzen.“

Die vom Steuerauschuß beschlossene Formulierung weicht von der Regierungsvorlage wesentlich in den Terminen der Einziehung ab.

Zu der plötzlich durch die heutige Abstimmung im Steuerauschuß entstandene Krise wird uns noch mitgeteilt: Das Auspringen der Deutschen Volkspartei erklärt man sich mit einer starken Mißstimmung innerhalb der Fraktion gegen den Reichsfinanzminister Wirth. Diese Mißstimmung hat neue Nahrung erhalten durch das Auftreten des Staatssekretärs Creczynsky bei der Verantwortung der deutschen Interpellation über die Interniertenlager in Deutschland. Die Demokraten waren trotz starker Bedenken ursprünglich bereit, für die Regierungsvorlage zu stimmen. Als die Deutsche Volkspartei aber ausbrach, enthielten sich die Demokraten der Abstimmung.

Auf diese Weise gelangte der Antrag der Deutschen Nationalen mit den Stimmen der Deutschen Nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Unabhängigen und der Kommunisten zur Annahme, gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten, bei Stimmenthaltung der Demokraten. Die Mehrheit war allerdings sehr knapp, aber doch vorhanden. Die Prägung der Kabinettsratsmitglieder dauert an. Daß es zu einem Rücktritt des Reichsfinanzministers oder gar zu einer Demission des Gesamtkabinetts kommen würde, hält man bei fast allen Parteien für sehr wahrscheinlich.

### Die Brüsseler Konferenz.

#### Havensteins Exposé.

Die deutsche Delegation hat, wie dem „United Telegram“ aus Brüssel gemeldet wird, gestern vormittag die Zahlen, auf deren Grundlage sie in die Verhandlungen eintreten will, bekanntgegeben. Diese deutsche Aufstellung rechnet bis zum 1. November mit einer laufenden Schuld von rund 147 Milliarden Mark, die sich bis zum Jahresende um weitere 25 Milliarden erhöhen soll. Von Seiten der Alliierten wurde das hohe Defizit der deutschen Eisenbahnverwaltung bemängelt, welches, wie von dieser Seite behauptet wird, durch die zu große Zahl der Eisenbahnangelegten verursacht sei. Der deutsche Delegierte Staatssekretär Schröder trat dieser Behauptung mit dem Hinweis entgegen, daß selbst eine größere Beschränkung dieses Ausgabepostens die finanzielle Lage Deutschlands nicht retten könnte. — In Brüssel ist das (bisher unbestätigte) Gerücht im Umlauf, daß Deutschland sich bemühe, Kredite aufzunehmen.

Einer Pariser Meldung zufolge ist Frankreich entschlossen, dem deutschen Standpunkte und den deutschen Vorschlägen gegenüber sich möglichst entgegenkommend zu zeigen. Diese Vorschläge sollen, soweit sie diskutierbar sind, geprüft werden mit dem Ziele, wenn irgendmöglich zu einer gütlichen Verständigung zu kommen. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß Deutschland seine Versuche nicht wiederhole, sich als gänzlich zahlungsunfähig hinzustellen.

In der gestrigen Nachmittagsitzung gab Reichsbankpräsident Havenstein einen ausführlichen Ueberblick über den Stand des deutschen Geldwesens und der deutschen Valuta. Er schilderte die Gründe, die einer Besserung der deutschen Valutaverhältnisse entgegenstehen. Unter seinen Ausführungen war besonders bemerkenswert die Richtigstellung derjenigen Zahlen, welche auf der letzten Brüsseler Finanzkonferenz über den Wert der deutschen

Ein- und Ausfuhr im ersten Halbjahr 1920 angegeben worden sind. Nach den damaligen Ziffern ergab sich im Mai und Juni eine aktive Handelsbilanz. Havenstein stellte das dahin richtig, daß auf Grund der angestellten Nachprüfung sich im gesamten ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter der Einfuhr von nicht weniger als 36 Milliarden Mark, also durchschnittlich von sechs Milliarden Mark monatlich, ergeben habe. Zum Schluß erklärte Havenstein, daß eine Besserung der deutschen Valuta nur aus einer Besserung der Zahlungsbilanz erfolgen könne. Diese beruhe wiederum einerseits auf der Ordnung des Finanzwesens, andererseits auf einer guten Ordnung und Organisation aller deutschen Verwaltungen, ferner auf Sparsamkeit und schließlich vor allem auf der Arbeit, deren Vorbedingung freie Exportmöglichkeit sei. Endlich müsse die Kriegsschädigung von Deutschland so berechnet werden, daß sie überhaupt geleistet werden könne.

Die Brüsseler „Libre Belgique“ meldet, der Ministerrat habe beschlossen, binnen kurzem zur Liquidierung sämtlichen in Belgien sequestrierten deutschen Besitzums überzugehen. Das Blatt erklärt, diese Maßnahme sei eine Folge der Weigerung der jetzigen deutschen Regierung, das Abkommen bezüglich der in Belgien befindlichen deutschen Markbeträge auszuführen.

### Der Gesetzentwurf über die Provinzial-Autonomie.

Salbamäßig wird gemeldet: Das Preussische Staatsministerium hat am 16. Dezember den Entwurf zu einem Gesetz über die Provinzial-Autonomie fertiggestellt. Der Entwurf wird in kurzer Zeit der öffentlichen Kritik unterbreitet werden; es ist in Aussicht genommen, ihn zunächst zur Begutachtung den Provinziallandtagen vorzulegen, die auf Grund direkten gleichen, allgemeinen Wahlrechtes in nächster Zeit wählen sollen.

von  
Dr. Wilhelm Feldmann,  
Berichterstatter der „Wossifischen Zeitung“.

\* Paris, 8. Dezember.

Der Verband der französischen Regionalistenvereine hat in den Tagen vom 2. bis zum 5. Dezember seine zwanzigste Jahresversammlung in Paris abgehalten. Bei dieser Gelegenheit ist deutlich in Erscheinung getreten, welche Fortschritte die interessante Bewegung seit dem Kriege und besonders seit der Rückkehr von Elsaß-Lothringen zu Frankreich gemacht hat. Der Regionalismus, der in den ersten Jahren seiner Betätigung vielfach mit „Föderalismus“ verwechselt und deshalb von den Behörden scharf bekämpft wurde, der dann lange als Stiefkind überpannter Sonderlinge galt, darf heute als anerkannt bezeichnet werden. Die meisten Pariser Zeitungen haben diesmal über die Beratungen des Kongresses berichtet. Und zum ersten Mal hat ein Mitglied des Kabinetts den Vorsitz in einer Regionalistenführung übernommen.

Gleich der erste Punkt der Tagesordnung, die Abgrenzung der bretonischen Gegend, die als Musterbeispiel für die künftige Einteilung Frankreichs in „Regionen“, an Stelle der Departements des starr zentralisierenden Systems der Revolutionszeit, dienen sollte, gab zu einer Auseinandersetzung Anlaß, bei der recht verschiedene Anschauungen laut wurden. Die Partei der „Integrals Bretagne“ forderte durch ihren Wortführer, den Marquis de l'Estourbeillon, die Wiederherstellung der alten Provinz Bretagne, mit Rennes als Verwaltungshauptstadt und Nantes als Haupthandelsplatz. Sie berief sich auf die Entschliessung eines Kongresses, den 118 bretonische geistliche und wirtschaftliche Charaktere und sechs von den zehn Handelskammern der in Frage kommenden Departements am 17. Oktober in Rennes abgehalten haben. Ihr Wortführer konnte betonen, daß er 300 000 Bretonen, also die große Mehrheit der bretonischen Wähler, hinter sich habe. Die Partei der „wirtschaftlichen Interessenten“ machte dagegen geltend, daß die alte Bretagne deutlich in eine nach England und dem Kanal orientierte Nordhälfte und die nach Mittelfrankreich und dem Atlantischen Ozean orientierte Südhälfte zerfalle. Sie forderte die Zerlegung der Bretagne durch eine westlich-östlich laufende Grenzlinie in zwei Regionen, mit Rennes und Nantes als Hauptstädten. Einen dritten Vorschlag unterbreitete der Wortführer der Kaufmannschaft von Nantes, das nach seiner Darlegung hauptsächlich als Ausgang der Gegend von Angers zum Meer betrachtet werden muß und daher nicht (lediglich) aus Gründen geschichtlicher Ueberlieferung) der Bretagne angegliedert werden kann. Er empfahl die Schaffung einer besonderen Gegend von Nantes, die aus der südwestlichen Bretagne, einem Teil der alten Provinz Poitou sowie den alten Provinzen Anjou und Maine bestehen müßte. Sein Vorschlag wurde erbittert bekämpft von den Vertretern der „bretonischen Einigung“, die darauf bestanden, daß die wirtschaftlichen Erwägungen vor der geschichtlichen Ueberlieferung und der geistigen Zusammengehörigkeit zurückzutreten haben. Ähnliche Meinungsverschiedenheiten kamen bei der Beratung über die Grenzen der künftigen Genden von Angers und Poitiers zutage.

In der Vormittagsitzung vom 3. Dezember sprach der elsässische Abgeordnete Abbe Müller über die „Elsaß-Lothringische Frage“, die nach seiner Versicherung „nur durch einen wohlüberlegten Regionalismus gelöst werden kann“. Müller, dessen Darlegungen vom Kongreß mit großem Beifall aufgenommen wurden, trat entschieden dafür ein, daß Lothringen und das Elsaß als zusammengehöriges Ganze erhalten bleiben und nicht, wie von manchen Seiten angeregt worden ist, getrennt werden. Er empfahl, in Elsaß-Lothringen einen regionalistischen Versuch durchzuführen, der ganz Frankreich heil bringen werde. Nach seinem Vorschlag soll Elsaß-Lothringen durch einen „regionalen Verwaltungschef“ mit so weitgehenden Vollmachten, wie die Verfassung nur irgend gestattet, regiert werden. Ihm soll ein Regional-Landtag zur Seite stehen, dessen Aufgabe es wäre, die Entscheidungen des Pariser Parlaments vorzubereiten. Müller führte in seiner Rede weiter aus, die anfänglichen Fehler der französischen Verwaltung in Elsaß-Lothringen erklärten sich durch die unberechtigten Sorge, daß der Regionalismus zum Separatismus werden könne. Als unglücklichste Maßregel bezeichnete er die Entsendung von 1250 französischen Volksschullehrern und Bekehrinnen, die der Sprache und Gewohnheiten des Landes völlig unkundig waren. Er bezeichnete es als notwendig, das Elsaß-Deutsch neben dem Französischen fortbestehen zu lassen und in der elsässischen Mundart den französischen Sprachunterricht zu erteilen. Die Unierität Straßburg soll nach Müller das Musterbeispiel für eine „regionale Umgestaltung“ werden. Dagegen hält er es für unmöglich, aus Straßburg die Hauptstadt des gesamten elsäß-lothringischen Gebiets zu machen, da Metz und Nancy ihrer ihrer Rechte als Departementshauptstadt nicht beraubt werden dürfen.

Am Nachmittag des 3. Dezember wurde die Frage der Landwirtschaftskammern erörtert. Die Debatte brachte beachtenswerte Aufklärung über den gegenwärtigen Stand der Durchführung des Regionalismus in Frankreich.